

# DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der  
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Dezember 2010 N° 10  
ISSN 1865-701X

## Frankreichs Wirtschaft nach der Krise – geschwächt, aber zukunftstauglich

von Rémi Lallement



Deutsche Gesellschaft  
für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut français des relations internationales und der

Robert Bosch **Stiftung**

Herausgeber und Redaktion:  
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <[demesmay@dgap.org](mailto:demesmay@dgap.org)>

**Herausgeber:**

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin  
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | [info@dgap.org](mailto:info@dgap.org) | [www.dgap.org](http://www.dgap.org) | [www.aussenpolitik.net](http://www.aussenpolitik.net)  
© 2010 DGAP

## Zusammenfassung / Summary

Rémi Lallement

### Frankreichs Wirtschaft nach der Krise – geschwächt, aber zukunftstauglich

- Dank der geringen Exportorientierung und der stabilisierenden Rolle der Binnennachfrage konnte Frankreich die Finanz- und Wirtschaftskrise besser abfedern als andere Staaten, doch zeigen sich einige dieser Charakteristika des französischen Wirtschaftssystems nun als Bremsfaktoren für einen Aufschwung.
- Strukturelle Defizite wie die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen und die Schwäche der französischen Exportwirtschaft lassen für die kommenden Jahre weiterhin ein geringes Produktionsniveau und eine hohe Arbeitslosenquote erwarten.
- Auf lange Sicht jedoch sprechen unterschiedliche Faktoren für eine hohe Leistungsfähigkeit der französischen Volkswirtschaft, darunter die Stärke des Dienstleistungssektors, die demografische Entwicklung sowie Standortvorteile wie eine gut ausgebaute Infrastruktur.
- Damit die französische Wirtschaft ihre Stärken langfristig nutzen kann, müssen die Staats- und Sozialhaushalte konsolidiert sowie verstärkt Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung getätigt werden.

### The French Economy after the crisis: a difficult, but not unsurmountable hurdle to clear

- Given the marginal importance of exports in the French economy, as well as the stabilizing role of domestic demand, France absorbed the shock of the financial and economic crisis better than other states did. However, at the moment, some characteristics of France's economic system seem to curb recovery.
- Indeed, structural deficits, the insufficient competitiveness of Small and Medium-sized Enterprises, as well as the weakness of French exports, herald a low production level and a high unemployment rate for the years to come.
- But in the long term, the outlook for France's performance is positive given its strong service sector, its population growth as well as advantages of the locations for example related to its internal infrastructure.
- So that France can play to its strengths in the long-term, the state budget as well as social spending must be consolidated and more investment must be brought about in the areas of research and education.

## Inhalt

Nur schwache Erschütterungen zu Beginn der Krise.....	5
Die Gefahr langfristiger Nachwirkungen .....	6
Konsequente Konsolidierung des Staats- und Sozialhaushalts.....	10
Nachhaltige Stärkung des Wachstumspotenzials.....	11
Schlussbetrachtungen.....	14
Anmerkungen.....	15

# Frankreichs Wirtschaft nach der Krise – geschwächt, aber zukunftstauglich

von Rémi Lallement

Seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise ist es schwierig geworden, in den vergangenen und künftigen wirtschaftlichen Entwicklungen eines Landes wie Frankreich eine klare Linie zu erkennen. Zu ihrem Beginn im Jahr 2009 hatte die Krise Frankreich weniger hart getroffen als beispielsweise Deutschland, was manche Kommentatoren früh dazu verleitete, die große Anpassungsfähigkeit des französischen Wachstumsmodells zu loben. Seit 2010 hingegen erlebt die deutsche Wirtschaft einen dem vorangegangenen Abschwung fast ebenbürtigen Aufschwung, während die Krisenbewältigung in Frankreich deutlich langsamer vorangeht. Dies führt dazu, dass die Schwierigkeiten der französischen Wirtschaft nunmehr überbewertet werden. Die folgende Analyse soll übertriebene Annahmen und falsche Perspektiven korrigieren und in der sich abzeichnenden Phase der Erholung die Fähigkeiten der französischen Wirtschaft zum konjunkturellen Aufschwung innerhalb der ihr eigenen Grenzen ins richtige Licht setzen.

## Nur schwache Erschütterungen zu Beginn der Krise

Im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern hat Frankreich den unmittelbaren Erschütterungen durch die Krise – zumindest in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – relativ gut

standgehalten. Im Jahr 2009 betrug der Rückgang des BIP -2,5 Prozent und lag damit niedriger als in Deutschland, im Vereinigten Königreich und in Italien (etwa -5 Prozent) sowie in der Eurozone insgesamt (-4 Prozent).

Ein vom Rechnungshof in Paris Mitte September 2010 veröffentlichter Bericht hebt hervor, dass dank der in Frankreich eingeleiteten staatlichen Maßnahmen dem Rückgang bei den Investitionen und den zunehmenden Unternehmensschließungen zwar Einhalt geboten werden konnte, jedoch kaum neue Arbeitsplätze geschaffen oder die vorhandenen erhalten werden konnten. Zudem fiel die Belastung des Haushalts durch die Maßnahmen größer aus als ihr positiver Einfluss auf das Wachstum. Der Internationale Währungsfond (IWF) hat errechnet, dass diese Konjunkturmaßnahmen für den Zeitraum 2009–2010 einem Anteil von 2,25 Prozent des BIP entsprachen und somit nach Meinung des IWF eine durchaus angemessene und korrekt umgesetzte Reaktion auf die Situation darstellten. Die Tatsache, dass die französische Wirtschaft die unmittelbaren Auswirkungen der Krise relativ gut abfedern konnte, ist laut dem IWF auf deren eher geringe Öffnung für den Weltmarkt, auf die recht große Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors, das dichte Netz an sozialen Sicherungsmaßnahmen und auf die Reaktion der französischen Regierung zurückzuführen.<sup>1</sup>

**Tabelle 1: Schlüsseldaten der französischen Wirtschaft für den Zeitraum 2007–2015 (reale Jahresveränderung in Prozent, wenn nicht anders vermerkt)**

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
BIP	2,3	0,1	-2,5	1,4	1,6	1,8	2,0	2,1	2,1
Binnennachfrage	3,3	0,4	-2,4	1,1	1,5	1,7	1,9	2,1	2,1
Verbraucherpreisindex	1,6	3,2	0,1	1,3	1,6	1,8	1,9	1,9	1,9
Arbeitslosenquote (in %)	8,4	7,8	9,5	10,0	10,1	9,7	9,2	8,7	8,4
Bruttosparquote (in % vom BIP)	21,2	19,8	16,7	17,9	18,5	18,7	18,9	19,1	19,3
Investitionsquote (in % vom BIP)	22,2	22,0	19,0	19,5	19,9	20,1	20,2	20,4	20,6

Angaben und Prognosen des IWF im Juli 2010. Quelle: IWF, 2010.

Der Unterschied zu Deutschland, dessen Außenhandel die wesentliche Triebfeder des Wirtschaftswachstums in den Jahren 2001 bis 2007 darstellte und somit dem Schock der weltweiten Rezession mit voller Wucht ausgesetzt war, ist deutlich sichtbar. In Frankreich beruhte das Wirtschaftswachstum dagegen seit den 1990er Jahren im Wesentlichen auf der Binnennachfrage, die in Krisenzeiten einen Stabilisierungsfaktor, in Zeiten einer Wiederbelebung des Welthandels allerdings ein Hindernis darstellt, wie sich seit 2010 herausstellt.<sup>2</sup>

Während die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Frühjahr 2010 für den Zeitraum 2010–2011<sup>3</sup> einen durchschnittlichen Anstieg des französischen BIP um fast 2 Prozent ankündigte, sagte der IWF im Oktober nur noch einen Anstieg um 1,6 Prozent für die beiden Jahre 2010 und 2011 voraus, was der Entwicklung in der Eurozone insgesamt sehr nahe kommt. In Deutschland werden die entsprechenden Zahlen für diesen Zweijahreszeitraum mit einem Zuwachs von 3,3 Prozent im Jahr 2010 und von zwei Prozent im Jahr 2011 wohl höher ausfallen, was jedoch den starken Rückgang von 2009 nur teilweise kompensiert.<sup>4</sup>

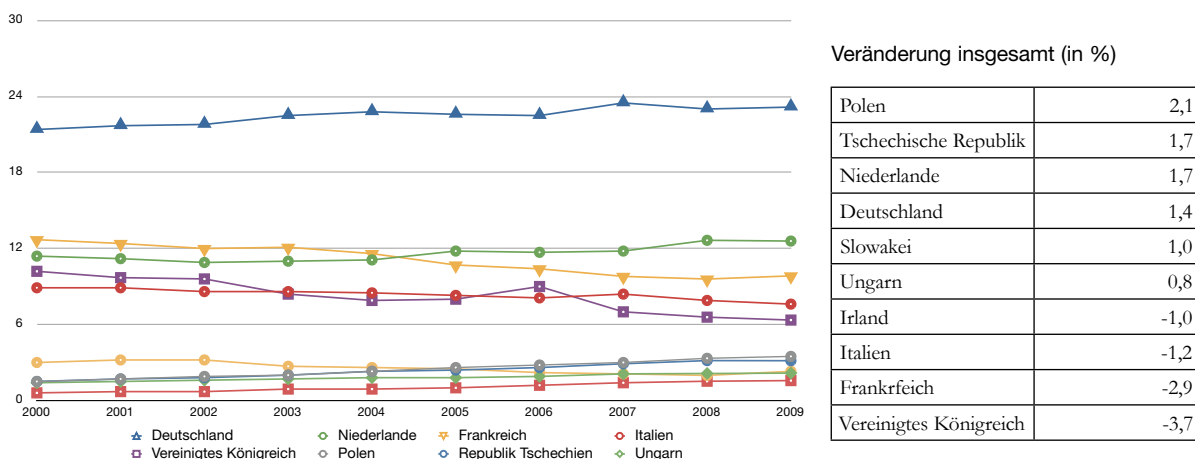
Den Erklärungen des IWF zufolge wurden die Faktoren (z. B. das hohe Niveau der sozialen Sicherung), durch die Frankreich den Schock der Krise von 2009 abfedern konnte, nunmehr zu einer

Bremse für den einsetzenden Aufschwung. Auch wenn im Vergleich zu den anderen Ländern der Eurozone die Rezession in Frankreich von geringem Ausmaß war, besteht doch die Gefahr, dass der wirtschaftliche Aufschwung dieses Mal langsamer vonstatten geht als nach den vorangegangenen Krisen. Dies liegt vor allem daran, dass die Binnennachfrage sowohl in Bezug auf die Unternehmensinvestitionen als auch auf das Konsumverhalten der privaten Haushalte infolge der Unwägbarkeiten zögerlich bleiben dürfte.<sup>5</sup> Das heißt mit anderen Worten, dass die Wachstumsaussichten in Frankreich bis zum Jahr 2012 eher schlecht sein dürften.<sup>6</sup>

## Die Gefahr langfristiger Nachwirkungen

Trotz verhältnismäßig geringerer unmittelbarer Auswirkungen der Krise stellt langfristig die strukturelle Schwäche im Sektor der kleinen und mittleren Unternehmen ein generelles Problem für die französische Wirtschaft dar. Davon zeugen insbesondere die chronischen Wirtschaftlichkeitsprobleme zahlreicher Betriebe, die sich dadurch oft in einer schwierigen finanziellen Lage befinden. Die Selbstfinanzierungsquote ist seit dem Jahr 1998 stark gesunken und fiel in jüngster Zeit auf 70 Prozent, während sie in Deutschland angestiegen ist und seit mehreren Jahren bei fast 100 Prozent liegt.<sup>7</sup>

Grafik 1: Die Marktanteile der EU-27; die größten registrierten Veränderungen in der Zeit von 2000 bis zum 1. Quartal 2010 (in Prozent)



Relativer Anteil der Länder am gesamten Warenexport innerhalb der Europäischen Union (EU-27). Quellen: Berechnungen und Grafik von CAS, nach den Angaben von Eurostat (External and intra-European Union trade, verschiedene Ausgaben).

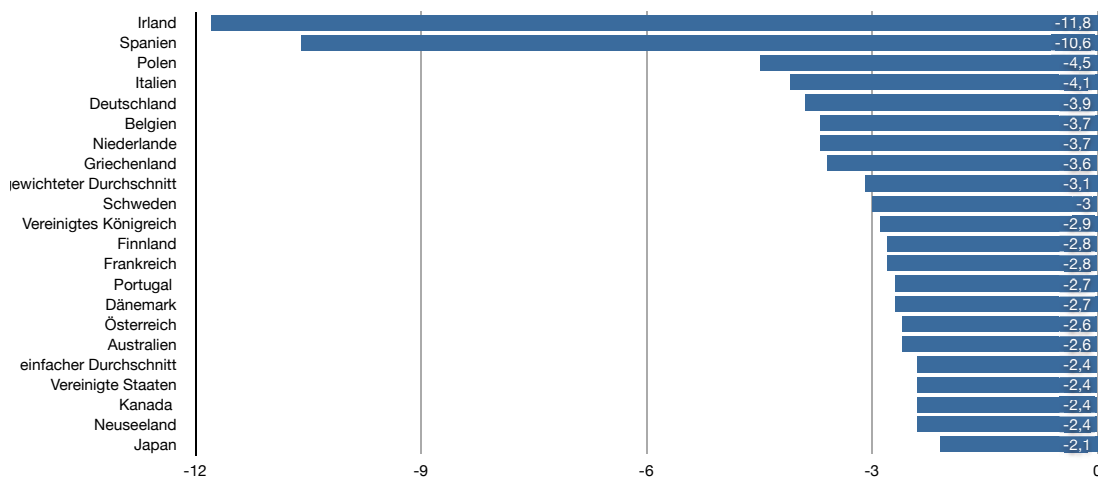
Ein weiteres Anzeichen für die Anfälligkeit der französischen Unternehmen ist der von Jahr zu Jahr fortlaufende Verlust von Anteilen an den Exportmärkten sowohl in Europa als auch weltweit. Der relative Anteil Frankreichs am weltweiten Warenexportgeschäft beträgt inzwischen lediglich noch ca. vier Prozent gegenüber neun Prozent für Deutschland.<sup>8</sup> Allein innerhalb der Europäischen Union (EU-27) fiel im Zeitraum vom Jahr 2000 bis zum ersten Quartal 2010 der relative Exportanteil Frankreichs von 12,7 Prozent auf 9,8 Prozent. Offensichtlich leiden Produktion und Handel in Frankreich unter der Konkurrenz Deutschlands sowie weiterer Länder Nord-, Ost- und Mitteleuropas (Grafik 1).

Die Automobilindustrie offenbart ein anderes Symptom dieses relativen Verlusts an industrieller Wettbewerbsfähigkeit: Sie ist seit dem Jahr 2008 ein Nettoimportsektor geworden, und das Defizit hat in diesem Bereich zwischen den Jahren 2008 (-3 Milliarden Euro) und 2009 (etwa -5 Milliarden Euro) stark zugenommen. Insgesamt könnte sich die Außenhandelsentwicklung angesichts der künftigen Importentwicklung, die durch den absehbaren Rückgang der Binnennachfrage ver-

langsam wird, leicht negativ auf das Wachstum bis zum Jahre 2012 auswirken.<sup>9</sup> Dessen ungeachtet müsste es Frankreich, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Defizit im Warenhandel durch einen strukturellen Überschuss im Dienstleistungsverkehr abgemildert wird, gelingen, das leichte Defizit in seiner Zahlungsbilanz bis zum Jahre 2015 abzubauen.<sup>10</sup>

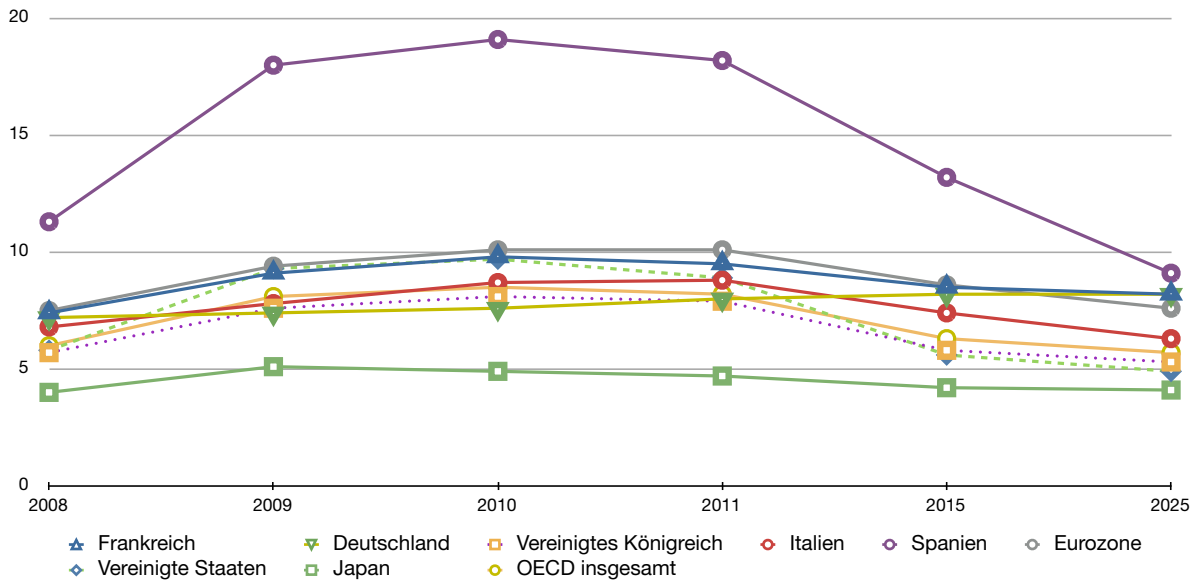
Nach Angaben des IWF müsste sich die Wachstumsrate der potenziellen Produktion<sup>11</sup> mittelfristig zwar normalisieren (bei etwa 1,5 Prozent bis 2015), bliebe aber zum Teil aus demografischen Gründen trotzdem niedriger (um 0,5 Prozentpunkte) als im Verlauf des vorangegangenen Jahrzehnts. Das potenzielle Produktionsniveau wird dagegen voraussichtlich längerfristig einen niedrigeren Stand – ca. 3,5 Prozent weniger im Vergleich zu den vor der Krise registrierten Zahlen – erreichen.<sup>12</sup> Die OECD gelangte zu ähnlichen Schlussfolgerungen, sie geht von einem potenziellen Verlust an Produktionsniveau von langfristig 2,8 Prozent aus; ihre Zahlen bestätigen auch, dass die Krise in Frankreich insgesamt geringere Auswirkungen haben dürfte als in den meisten vergleichbaren Ländern (Grafik 2).

Grafik 2: Die langfristigen Auswirkungen der Krise auf das Produktionspotenzial (in Prozent)



Der gewichtete Durchschnitt berücksichtigt den relativen Anteil der betrachteten Länder. Quelle: OECD, Economic Policy Reforms—Going for Growth 2010, Paris, März 2010.

Grafik 3: Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bis 2025 (in % der Erwerbsbevölkerung)



Quelle: OECD (2010a).

In Frankreich könnte dieser stetige Rückgang der potenziellen Produktion die Unternehmen dazu veranlassen, ihre Investitionen und Mitarbeiterzahlen deutlich und dauerhaft anzupassen. Nach den Krisen von 1979 und 1992 vergingen mindestens fünf bis sechs Jahre, bis die Investitionen wieder ihr Vorkrisenniveau erreichten.<sup>13</sup> Ebenso wurden in den Jahren 1991–1993 fast 505 000 Arbeitsplätze abgebaut und das Beschäftigungsniveau von 1990 konnte erst im Jahre 1997 wieder erreicht und überschritten werden.<sup>14</sup> Im Zuge der jüngsten Krise gingen innerhalb von nur zwei Jahren mehr als 490 000 Arbeitsplätze verloren.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden für 2010 und 2011 die Zahlen für netto geschaffene Arbeitsplätze gering ausfallen. Die Arbeitslosenrate hat Anfang 2010 ihren höchsten Stand seit 10 Jahren erreicht, und es ist zu erwarten, dass sie während des gesamten Jahres 2010 für das französische Mutterland (ohne Überseeterritorien) relativ stabil bei ca. 9,5 Prozent liegen und auch danach nur geringfügig zurückgehen und sich bei 9,3 Prozent für das gesamte Jahr 2011 einpendeln wird.<sup>15</sup> Die Situation ist für junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren besonders kritisch; deren Arbeitslosenquote schnellte durch die Krise von 20 auf

25 Prozent in die Höhe und ging auch in der Folgezeit nur leicht zurück. Seit 2008 entsprach der Anstieg der Arbeitslosenquote in Frankreich insgesamt dem Durchschnitt in der Eurozone. Den Angaben der OECD zufolge wird sie auch in Zukunft nur in begrenztem Maße zurückgehen und im Jahr 2025 immer noch etwa acht Prozent betragen (Grafik 3).

Aufgrund all dieser Probleme und Risiken gelangen einige Kommentatoren zu der alarmierenden Schlussfolgerung, dass die in Frankreich vorherrschende Form der Wirtschaftsentwicklung, die »auf dem Konsum aufbaut und durch schuldenfinanzierte soziale Transferleistungen getragen wird«, auf die Dauer nicht durchzuhalten sei. Frankreich laufe, falls es diesen Weg beibehalte, »Gefahr, in Europa und in der Welt deklassiert zu werden.«<sup>16</sup>

Es besteht jedoch keinerlei Grund zu der Annahme, dass Frankreich unausweichlich und dauerhaft in der Rezession verharren wird. Vielmehr kann die französische Wirtschaft nach wie vor mit zahlreichen Stärken punkten:<sup>17</sup>

- Die französischen Haushalte sind nur gering verschuldet, ihre Sparquote ist relativ hoch.<sup>18</sup>

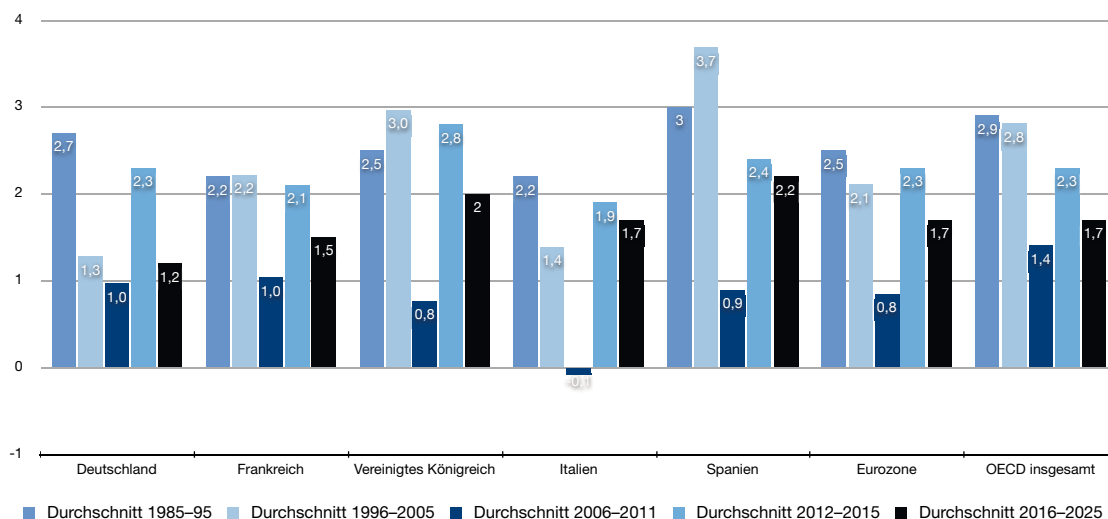


- Die großen französischen Unternehmen erbringen insgesamt gute Finanz- und Wirtschaftsleistungen und gehören in zahlreichen Sektoren zu den Weltmarktführern (Luftfahrt/Verteidigung, Bauwesen, Energie, Engineering, Wasserwirtschaft und Abfallaufbereitung, Supermarktketten, Lebensmittelindustrie, Versicherungswesen, Tourismus, Werbung, Luxus-, Kultur- und Freizeitindustrie usw.).
- Der Immobilienmarkt gilt als gesund, wofür die Tatsache spricht, dass es insgesamt keine Überkapazitäten gibt.
- Im Dienstleistungssektor ist Frankreich der viertgrößte Exporteur der Welt (nach den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland) und erwirtschaftet Handelsüberschüsse.<sup>19</sup>
- Die französischen Banken gelten als insgesamt solider als in den meisten anderen europäischen Ländern – darunter auch in Deutschland –, wie die im Juli 2010 veröffentlichten Ergebnisse der Stress-Tests zeigten.
- Die demografische Entwicklung ist aufgrund der Geburtenrate und der Einwanderungsquoten eine der wirtschaftsgünstigsten in Europa. Kürzlich vorgestellte Berechnungen zeigen, dass die französische Bevölkerung bis Mitte des Jahrhunderts die deutsche eingeholt haben könnte.<sup>20</sup> In absoluten Zahlen ausgedrückt würde dann auch die französische Wirtschaftskraft die Deutschlands überholt haben.<sup>21</sup>

Der Außenhandel ermöglicht also nur eine Teilsicht auf die Dynamik und die relative Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft in Bezug auf die Exportleistung der konkurrierenden Länder oder der Partnerländer. Zur Erweiterung der Perspektive sollten auch die internationalen Ratings herangezogen werden, denen eine ganze Reihe von Vergleichskriterien hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit und der Attraktivität eines Landes zu Grunde liegt. Im letzten der vom World Economic Forum jährlich erstellten Ratings zur Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich lag Frankreich beispielsweise an 15. Stelle,<sup>22</sup> wobei 110 Faktoren und 139 Länder in die Auswahl einbezogen wurden. Eine derartige Klassifizierung lässt eine ganze Reihe von Stärken der französischen Wirtschaft erkennen, die vor allem im Bereich der Infrastruktur, des Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationssektors (hier belegte Frankreich den 4. Platz), aber auch des Bildungs- und Gesundheitssystems liegen. Auch die Marktgröße und die Fähigkeit eines Landes, die vorhandenen Technologien zur Erhöhung der Produktivität (technological readiness) einzusetzen, sowie die Geschäftskultur spielen eine Rolle.

Für transnationale Unternehmen bietet Frankreich besonders vorteilhafte Standortbedingungen an, darunter beispielsweise die Steuersituation für den Bereich Forschung und Entwicklung, der günstige Strompreis, der hohe Anteil der 25–34-jährigen mit

Grafik 4: Im Durchschnitt erzieltes/voraussichtliches Wachstum im Zeitraum 1985 bis 2025 (reale jährliche Veränderung des BIP in Prozent)



Quelle: Berechnungen des Autors auf der Grundlage der Angaben und Voraussagen der OECD (OECD Economic Outlook 87 databas; für die Angaben und Voraussagen bis 2011 wurde die korrigierte Version vom 1. Juli 2010 verwendet).

Hochschulabschluss, die Verfügbarkeit von Breitbandinternet usw.<sup>23</sup> Das erklärt auch, warum Frankreich im Jahr 2009 im weltweiten Vergleich bei den ausländischen Direktinvestitionen an dritter Stelle hinter den Vereinigten Staaten und China (mit Hong-Kong) und vor dem Vereinigten Königreich und Deutschland lag, wie die Angaben für Ströme bzw. Bestände der in Frankreich getätigten ausländischen Direktinvestitionen zeigen.<sup>24</sup>

Die relative Bedeutung dieser verschiedenen günstigen Faktoren erklärt auch, warum nach den Angaben und Voraussagen der OECD die Wirtschaftsdynamik im Zeitraum 1996–2005 und die Wachstumsperspektiven für den Zeitraum 2006–2025 in Frankreich im Durchschnitt etwas über den entsprechenden Zahlen für Deutschland liegen, auch wenn sie den Zahlen der Eurozone nahe kommen (Grafik 4).

Die französische Wirtschaft verfügt also unzweifelhaft über zahlreiche Stärken. Sie wird jedoch ein nachhaltiges Wachstum nur dann erreichen, wenn mehrere grundlegende Reformen – insbesondere im Bereich der öffentlichen Haushalte – erfolgreich durchgeführt werden.

## Konsequente Konsolidierung des Staats- und Sozialhaushalts

Von 2008 bis 2010 wuchsen die öffentlichen Defizite (des Staates, der Gebietskörperschaften, der Sozialversicherung) infolge der Konjunkturmaßnahmen deutlich. Sie stiegen von 3,3 Prozent des BIP im Jahr 2008 auf 7,5 Prozent im Jahr 2009 und dürften 2010 nach den von der Regierung zu Herbstbeginn veröffentlichten Zahlen bei 7,8 Prozent liegen.

Die öffentlichen Schulden von knapp 64 Prozent des BIP im Jahr 2007 stiegen auf 78,1 Prozent im Jahr 2009 und werden 2010 wahrscheinlich 84 Prozent des BIP betragen. In Anbetracht der bereits Mitte 2010 geplanten und beschlossenen haushaltspolitischen Maßnahmen gelangte der IWF zu der Einschätzung, dass der Prozentsatz der Staatsverschuldung im Jahr 2014 mehr als 25 Prozentpunkte über dem Vorkrisenstand liegen werde.<sup>25</sup> Ungefähr

zum gleichen Zeitpunkt (Juni 2010) präsentierte das INSEE (Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsforschung) eine Studie, der zufolge dieser Anstieg bis zum Jahre 2018 sogar 40 Prozentpunkte (im Vergleich zu einem Szenario ohne Krise) betragen würde, sollten bis dahin keine Korrekturmaßnahmen ergriffen werden.<sup>26</sup>

Die so genannte Attali-Kommission, welche die französische Regierung zu Fragen der Leistungsfähigkeit berät, gelangte zu der Schlussfolgerung, dass ein durchschnittliches Wachstum des BIP von mindestens 2,5 Prozent pro Jahr erreicht werden muss, wenn das Verhältnis der öffentlichen Verschuldung zum BIP in den kommenden zehn Jahren auf ca. 60 Prozent gesenkt werden soll. Das klingt sehr ehrgeizig, liegt aber durchaus im Bereich des Möglichen. Bis 2013 würde die dazu notwendige Haushaltskonsolidierung zu zwei Dritteln über eine Verringerung der Ausgaben und zu einem Drittel über eine Reduzierung der sozialen Vergünstigungen und Steuernischen erfolgen (Befreiung von Steuern und Sozialabgaben).<sup>27</sup> Die Dringlichkeit dieser Maßnahmen lässt sich problemlos damit begründen, dass anderenfalls der Schuldendienst auszufern droht. Außerdem muss vermieden werden, dass Frankreich von den Ratingagenturen herabgestuft wird. Und schließlich müssen auch die legitimen Erwartungen der Brüsseler Behörden und der anderen europäischen Länder, darunter Deutschlands, erfüllt werden.

Folglich hat sich Paris Mitte 2010 gegenüber der Europäischen Kommission verpflichtet, im Jahr 2013 sein staatliches Defizit auf drei Prozent des BIP, d. h. auf den von den europäischen Verträgen zugelassenen Grenzwert zu reduzieren. Das entspricht einer Verringerung des staatlichen Defizits um 100 Milliarden Euro im Zeitraum 2011 bis 2013, während Deutschland Anfang Juni eine Reduzierung seines weniger ausgeprägten Defizits um 80 Milliarden Euro über einen längeren Zeitraum (bis 2014) angekündigt hat. Für den Zeitraum 2011–2013 beabsichtigt Frankreich also, allein beim strukturellen Defizit (ohne Konjunkturreffekte und Sonderausgaben) eine Reduzierung um vier Prozent des BIP gegenüber den ein bis zwei von Deutschland angestrebten Prozentpunkten zu erreichen.<sup>28</sup> Zu Herbstbeginn stand im Gesetzentwurf

zur Planung der öffentlichen Finanzen sogar das Ziel von zwei Prozent Defizit für das Jahr 2014. Sind diese Ankündigungen und Verpflichtungen glaubwürdig?

Dem Ziel der Regierung, bis 2011 das öffentliche Defizit auf sechs Prozent zu reduzieren, werden im Allgemeinen gute Chancen eingeräumt, während die nachfolgenden Zielsetzungen zunächst unsicherer scheinen. Ob das öffentliche Defizit auf die Vorgaben des Maastrichter Vertrags reduziert werden kann, hängt zu einem großen Teil von den Gebietskörperschaften und den Sozialhaushalten ab.

Unter Bezugnahme auf die schon Mitte 2010 beschlossenen Maßnahmen gelangte der IWF im Juli diesen Jahres zu der Einschätzung, dass eine Reihe zusätzlicher Reformen in verschiedenen Bereichen notwendig sind, damit im Jahr 2013 das Ziel eines auf drei Prozent des BIP verringerten öffentlichen Defizits erreicht werden kann. Dazu gehören die Erweiterung der Bemessungsgrundlage für die indirekte Besteuerung (Mehrwertsteuer) und die Körperschaftsteuer, die Begrenzung der Ausgaben für die Gebietskörperschaften sowie die Reform der Krankenversicherung und des Rentensystems. Beim gegenwärtigen Stand ist dem IWF zufolge Frankreichs Rentensystem eines der großzügigsten in Europa, und das tatsächliche Renteneintrittsalter zählt zu den niedrigsten der OECD.<sup>29</sup>

Seit Sommer 2010 sind die meisten dieser zusätzlichen Maßnahmen geplant, diskutiert und zum Teil vom Parlament verabschiedet worden.<sup>30</sup> Diskutiert wird auch die Einführung einer Haushalts- und Steuerregel, die sich an der deutschen Schuldenbremse orientiert und von der angenommen wird, dass sie entscheidend zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit der französischen Haushaltspolitik beitragen kann.<sup>31</sup>

Außerdem lässt sich die Stabilität der öffentlichen Finanzen nicht allein auf die Indikatoren für die Staatsverschuldung zu einem bestimmten Zeitpunkt reduzieren, sondern es muss eine ganze Reihe weiterer Kriterien in Betracht gezogen werden. So müssen nicht nur die Risiken durch private Akteure (Verschuldung der Haushalte z. B.), die im Falle einer Krise auf den Staat übertragen werden

können,<sup>32</sup> sondern auch die künftigen nicht abgedeckten Belastungen durch die Alterung der Bevölkerung berücksichtigt werden. Einem Indikator zufolge, der all diese verschiedenen Faktoren einbezieht, belegt Frankreich den 12. Platz unter den 25 OECD-Ländern und den 10. Platz unter den 19 untersuchten EU-Ländern. Es wird deutlich, dass in Frankreich im Unterschied zu anderen Ländern das relative Gewicht der privaten Schulden und die demografischen Entwicklungen das Risiko einer kumulativen Staatsverschuldung kaum erhöht.<sup>33</sup>

## Nachhaltige Stärkung des Wachstumspotenzials

Mindestens zwei Bedingungen müssen erfüllt sein, damit die entsprechenden Konsolidierungsmaßnahmen erfolgreich umgesetzt werden können: Es bedarf einerseits eines ausreichenden Wirtschaftswachstums, um diese Politik zu finanzieren, und andererseits der Unterstützung dieser wichtigen Veränderungen durch die Bevölkerung. Demzufolge reicht es nicht aus, sich ausschließlich auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu konzentrieren, sondern es muss gleichzeitig eine glaubhafte Entwicklungs- und Beschäftigungsperspektive vorgelegt werden.

Daher hat die französische Regierung im Jahr 2009 eine umfassende Strategie zur Finanzierung der »Zukunftsausgaben« entwickelt, in welcher der Bereich Forschung und Innovation als nationales Anliegen betont wird und durch die der französischen Industrie neue Impulse gegeben werden sollen, indem diese in strategischen Bereichen international wettbewerbsfähig gemacht wird. Zu Beginn sollte das Projekt den Namen »Große Anleihe« tragen, wurde dann aber in »Nationale Anleihe« umbenannt. Auch der vorgesehene Betrag veränderte sich: Aus den anfangs vorgesehenen 100 Milliarden Euro wurden schließlich 35 Milliarden Euro, die auf verschiedene Trägerorganisationen aufgeteilt wurden. Etwa die Hälfte des Gesamtbetrags (17,6 Milliarden Euro) ging an die Nationale Forschungsagentur (ANR), das französische Pendant zur Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Diese Organisationen verteilen die Mittel eigenständig auf der Basis von Ausschreibungsver-

fahren, sodass der Wettbewerbsgedanke wichtiges Element des Vergabeprozesses ist. Priorität wird dabei der Hochschulbildung und der Forschung eingeräumt (Grafik 5). In dieser Hinsicht ähnelt der Aktionsplan der von Deutschland seit 2006

umgesetzten High-Tech-Strategie, deren Prioritäten ebenfalls im Bereich wirtschaftlicher Zielsetzungen (Wachstum, internationaler Wettbewerb usw.) sowie sozialer Bedürfnisse (Beschäftigung, Gesundheit, nachhaltige Entwicklung usw.) liegen.

Grafik 5: Die »Nationale Anleihe«: Aufschlüsselung nach Bewilligungsbereichen (in Milliarden €)



Quelle: Commissariat général à l'investissement.

**Exkurs 1 : Die »Nationale Anleihe« und ihre Auswirkung auf das öffentliche Defizit und die Wirtschaft insgesamt**

Für den Staatshaushalt im engeren Sinne und in rein buchhalterischer Hinsicht werden die 35 Milliarden Euro der »Nationalen Anleihe« im Jahr 2010 vollständig ausgegeben, da sie in diesem Jahr auf die bereits erwähnten Trägerorganisation verteilt werden. Die direkte Auswirkung auf das gesamte öffentliche Defizit im Sinne des Maastrichter Vertrags wird langfristig 35 Milliarden Euro mit progressiver Steigerung betragen: 5 Milliarden Euro im Jahr 2010 und nahezu 20 Milliarden ab 2014. Die öffentliche Verschuldung auf Grund dieser Aufwendungen wird daher nur nach und nach im Rhythmus der tatsächlich getätigten Ausgaben anwachsen. Dem Senat zufolge ist eine langfristige Selbstfinanzierung der Anleihe – entgegen den anfänglichen Hoffnungen – wenig wahrscheinlich, doch wird ihre Gesamtwirkung auf die öffentliche Verschuldung eher gering sein und nur etwa ein Prozent des BIP betragen.

Welche Auswirkungen für die Wirtschaft entstehen, lässt sich nur schwer vorhersagen. Es wird erwartet, dass die Anleihe eine »Hebelwirkung« für den Privatsektor entfaltet, sodass nach Hoffnung der Regierung die staatliche Ausgabe von 35 Milliarden letztendlich zu einer Gesamtinvestition von 60 Milliarden Euro führen wird. Nach Meinung des Senats müsste die staatliche Anleihe einen Multiplikatoreffekt haben, der dazu führen sollte, dass eine öffentliche Ausgabe von einem Euro das BIP kurzfristig um 0,5 Euro anhebt. Längerfristig könnte es jedoch sein, dass die durch die Anleihe bereitgestellten Mittel durch eine Reduzierung der gewöhnlichen Haushaltsmittel aufgehoben werden (Verdrängungswirkung), was den Nettoeffekt der Nationalen Anleihe letztlich verringern würde. Der Senat zieht daraus die Schlussfolgerung, dass die Anleihe das französische BIP lediglich um 0,1 Prozent anheben wird. In Anbetracht der Gesamtsumme für Forschungs- und Entwicklungsausgaben von 2,02 Prozent des BIP im Jahr 2008 (gegenüber 2,53 Prozent in Deutschland), stellt dies eine nur geringe Erhöhung dar. Insgesamt wird die Anleihe aufgrund ihres Umfangs nur relativ geringe wirtschaftliche Effekte erzielen. Und doch weisen die Maßnahmen in eine richtige Richtung, wie auch der IWF betont, da Frankreich seine Förderung der Bereiche Forschung und Entwicklung und Innovation verstärken muss, um seinen Wettbewerbsnachteil gegenüber Deutschland aufzuholen.<sup>34</sup>

Die Nationale Anleihe ergänzt eine ganze Reihe unterschiedlicher Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und zur Stärkung des Produktions- und Innovationspotenzials Frankreichs insgesamt:

- der Steuercredit für Forschungsarbeiten (CIR) als das wichtigste fiskalische Instrument zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Er existiert seit 25 Jahren und wurde 2008 reformiert, wobei die bereitgestellten Mittel verdreifacht wurden. Einer Studie<sup>35</sup> zufolge liegen die langfristigen Auswirkungen dieser Reform in einer Erhöhung der privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung zwischen 0,13 und 0,33 Prozent des BIP und einem Ansteigen des BIP-Niveaus in Frankreich um 0,3 bis 0,6 Prozent;
- ein als Strategischer Investitionsfond bezeichneter Staatsfond (FSI), der im Dezember 2008 als Zweig der staatlichen Finanzgruppe Caisse des dépôts et consignations (CDC) eingerichtet wurde. Der zu Beginn im Jahr 2009 mit insgesamt 20 Milliarden Euro Eigenkapital ausgestattete Fond hat die Aufgabe, jährlich etwa zwei Milliarden Euro in Form von Minderheitsbeteiligungen in strategische Unternehmen zu investieren. Seine Strategie gibt sich sowohl defensiv (bestimmte Unternehmen vor feindlichen Übernahmeaktionen aus Nicht-EU-Ländern schützen) als auch offensiv (langfristige Investitionen fördern).
- Hilfen für Unternehmen mittlerer Größe (ETI),<sup>36</sup> die explizit darauf abzielen, in Frankreich etwas Vergleichbares zum deutschen Mittelstand zu schaffen. Dabei geht es insbesondere um Finanzhilfen und um einen leichteren Zugang zu öffentlichen Aufträgen. Die Maßnahmen wurden noch vor der Krise eingeführt und werden sich mittelfristig auswirken.
- Die Gewerbesteuer, die als lokale Steuer wegen ihrer negativen Auswirkung auf die produktiven Investitionen umstritten war, wurde zum 1. Januar 2010 abgeschafft.
- In Folge der »Generalstände der Industrie« setzte ein partizipativer Prozess ein, an dem sich zwischen Oktober 2009 und Februar 2010 die wichtigsten Akteure der französischen Industrie als Dialogpartner beteiligten. Es wurden mehrere

Maßnahmen mit anspruchsvollen Zielsetzungen angekündigt: Erhöhung der Industrieproduktion um ein Viertel bis zum Jahr 2015, Stabilisierung der Beschäftigungssituation, Rückkehr zu einer dauerhaft positiven Handelsbilanz in der Industrie und Erhöhung des französischen Anteils an der europäischen Industrieproduktion um zwei Prozent.<sup>37</sup>

Mit Instrumentarien wie der »Nationalen Anleihe« oder dem Strategischen Investitionsfond (FSI) versucht der französische Staat zugleich, einen Beitrag zur Neuorientierung des europäischen Wachstumsmodells zu leisten. Ziel der »Zukunftsinvestitionen« ist daher auch ein zügiger Übergang zu einer kohlenstoffdioxidärmeren Wirtschaft. Dies bedeutet zugleich, sich von der vorherrschenden kapitalistischen Logik der »Wertschöpfung für Aktionäre« freizumachen, die über eine lange Zeit zu einer zu starken Fokussierung auf kurzfristige Rentabilitätsziele geführt hat, wie in einer gemeinsamen Stellungnahme von führenden Vertretern der französischen Caisse des Dépôts et Consignations (CDC) und der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der italienischen Cassa depositi e prestiti und der Europäischen Investitionsbank (EIB) dargelegt wurde.<sup>38</sup>

Auch beauftragte die französische Regierung Anfang 2008 mehrere international anerkannte Wirtschaftswissenschaftler (u. a. die Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Amartia Sen), die gegenwärtigen Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (insbesondere in Bezug auf das BIP) zu bewerten und sich darüber hinaus zu den Kriterien des sozialen Wohlstands und der nachhaltigen (wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen) Entwicklung zu äußern. Der daraus hervorgegangene Bericht empfiehlt, den nationalen Wohlstand nicht allein anhand des BIP, sondern unter Einbeziehung zusätzlicher Kriterien (Vermögensbestand, Angebot an öffentlichen Dienstleistungen, Höhe der Einkünfte und deren Verteilung usw.) zu berechnen und dabei die Betonung weniger auf die statistische Erfassung der wirtschaftlichen Produktion, als vielmehr auf das Wohlergehen der Bevölkerung zu legen.<sup>39</sup> Dem Bericht zufolge muss darüber hinaus in den Bewertungen zwischen dem Wohlbefinden einer Bevölkerung zum gegenwärtigen Zeitpunkt und dessen

Nachhaltigkeit unterschieden werden.<sup>40</sup> Dieser Bericht wurde von mehreren Organisationen, unter anderem von der OECD, unterstützt; er kann seine volle Wirkung jedoch nur dann entfalten, wenn er international Berücksichtigung findet.<sup>41</sup>

## Schlussbetrachtungen

Dieser kurze Überblick über die wichtigsten Tendenzen der französischen Wirtschaft zeichnet insgesamt weder ein rein schwarzes noch ein rein weißes Bild, wohl aber eines mit starken Kontrasten, je nachdem, ob daraus eine kurz-, mittel- oder langfristige Perspektive abgeleitet wird. Urteilt man lediglich angesichts der Entwicklungen während der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009, scheint der Vergleich für Frankreich recht günstig auszufallen, denn die Krise erschütterte Frankreich längst nicht so stark wie die übrigen Länder der Eurozone. Die französische Regierung scheint die schwerste internationale Wirtschafts- und Finanzkrise seit achtzig Jahren eher gut gemeistert zu haben. Doch obwohl der Staat und die Unternehmen den Schock der Krise kurzfristig relativ gut abfedern konnten, stieg seit 2008 die Arbeitslosenquote deutlich an und die öffentlichen Finanzen gerieten zunehmend unter Druck. Demzufolge erscheinen die mittelfristigen Entwicklungsaussichten (von 2010 bis Mitte des Jahrzehnts) in einem weniger positiven Licht. In diesem Zeitraum werden die strukturellen Schwächen der französischen Wirtschaft an Gewicht gewinnen, die schon im vorangegangenen Jahrzehnt besonders in der Industrieproduktion und im Warenexport erkennbar waren. Hinzu kommt die Befürchtung, dass sich die Krise durch die zunehmende Unterbeschäftigung langfristig auf die Binnennachfrage und hier insbesondere auf die Investitionen der Unternehmen und auf den privaten Konsum auswirken könnte. Auf diese Weise könnten die wichtigsten Triebkräfte des

Wachstums für mehrere Jahre geschwächt und die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zusätzlich erschwert werden.

Längerfristig allerdings wird die Krise Frankreichs Wachstumspotenzial wohl weniger beeinträchtigen als dies in den meisten anderen EU-Ländern der Fall ist. Die Solidität der öffentlichen Finanzen, vor allem mit Blick auf die Verschuldung von Privatpersonen und auf den Alterungsprozess der Bevölkerung, scheint im Vergleich zu mehreren anderen vergleichbaren Ländern weniger gefährdet zu sein. Der Staat verfolgt einen langfristigen Weg der Haushalts- und Steuerkonsolidierung und versucht gleichzeitig, sich durch die Erhaltung bzw. Stärkung bestimmter Schlüsselbereiche wie Hochschulbildung, Forschung und Entwicklung auf die Zukunft vorzubereiten. Darüber hinaus verfügt die französische Wirtschaft auch weiterhin über eine ganze Reihe von wichtigen Trümpfen, darunter die positive demografische Entwicklung, das Niveau der Infrastruktur im Verkehrs-, Energie und Telekommunikationsbereich und eine gute Gesundheitsversorgung sowie über zahlreiche hoch entwickelte Sektoren in Industrie, Handel und im Bereich privater Dienstleistungen. Das führte dazu, dass Frankreich gegenwärtig zu den von ausländischen Direktinvestoren bevorzugten Ländern gehört. Schließlich erscheinen die wirtschaftlichen Perspektiven Frankreichs in einem wesentlich günstigeren Licht, wenn außer den Zahlen für BIP oder Export auch andere Faktoren in die Bewertung einbezogen werden, was in einem so außergewöhnlichen Moment wie derzeit und diesem sehr unsicheren Kontext der Krisenbewältigung von besonderer Bedeutung ist.

Rémi Lallement ist Mitarbeiter des Centre d'analyse stratégique in Paris. Der Text gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder. Übersetzung: ECHOO Konferenzdolmetschen.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. International Monetary Fund, France. Article IV Consultation – Staff Report, Washington, DC, IMF Country Report 10/240, Juli 2010.
- 2 Vgl. Rémi Lallement, Das deutsche exportorientierte Wachstumsregime: zwischen Erfolg und Zweifel, in: Joachim Lange (Hrsg.), Aus dem Gleichgewicht? Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte und die Lehren der Krise für die deutsche Wirtschaftspolitik, Loccumer Protokolle 9/10, Rehburg-Loccum 2010, S. 15–87.
- 3 Vgl. OCDE, OECD Economic Outlook, Bd. 2010/1, Nr. 87, Mai 2010.
- 4 Vgl. International Monetary Fund, World Economic Outlook – Recovery, Risk, and Rebalancing, Washington, DC, Oktober 2010.
- 5 Vgl. International Monetary Fund, France: Article IV Consultation, a. a. O.
- 6 Vgl. Jean-Christophe Caffet, Adèle Renaux, France : le commerce extérieur peut-il être un moteur de croissance ?, in: Natixis, Flash-Economie Nr. 432, 1.9.2010.
- 7 Vgl. Patrick Artus, Jean-Christophe Caffet, Qu'est-ce qui ne va pas en France ?, in: Natixis, Flash-Economie Nr. 445, 9.9.2010 ; Gilbert Cette, Jacques Delpla, Arnaud Sylvain, Le partage des fruits de la croissance en France (Conseil d'analyse économique, Bericht Nr. 85), Paris 2009.
- 8 Vgl. Rémi Lallement, Das deutsche exportorientierte Wachstumsregime: zwischen Erfolg und Zweifel, a. a. O. (Anm. 2).
- 9 Vgl. Jean-Christophe Caffet, Adèle Renaux, France : le commerce extérieur peut-il être un moteur de croissance ?, a. a. O. (Anm. 6).
- 10 Vgl. Rémi Lallement, Das deutsche exportorientierte Wachstumsregime: zwischen Erfolg und Zweifel, a. a. O. (Anm. 2).
- 11 Das potenzielle BIP bezeichnet das höchste Produktionsniveau, das in einem bestimmten Zeitraum erreicht werden kann, ohne die Inflation zu beschleunigen.
- 12 Vgl. International Monetary Fund, France : Article IV Consultation, a. a. O. (Anm. 1).
- 13 Die Voraussagen des IWF für den Zeitraum bis 2015 gehen in die gleiche Richtung (vgl. Tabelle 1).
- 14 Vgl. Pierre-Yves Cabannes et al., Quelle croissance de moyen terme après la crise ?, in: INSEE, L'économie française–Comptes et dossiers–Insee Références–Ausgabe 2010, S. 43–70.
- 15 Vgl. den Artikel: L'Unedic reste prudente sur ses finances malgré l'accalmie du chômage, in: Les Echos, 13.9.2010.
- 16 Nicolas Baverez, Du bon usage du nouveau miracle allemand, in: Le Point, 2.9.2010.
- 17 Diese Liste basiert z. T. auf der Arbeit von Artus und Caffet, Qu'est-ce qui ne va pas en France ?, a. a. O. (Anm. 7).
- 18 Dies geht auf die Tatsache zurück, dass die Aufteilung des Mehrwerts zwischen Löhnen und Profit in Frankreich seit mehreren Jahrzehnten stabil ist und gegenwärtig im Unterschied zu den meisten vergleichbaren Ländern (mit deutlicher Ausnahme der Vereinigten Staaten) zu Gunsten der Arbeitnehmer ausfällt; in Deutschland dagegen ist in den letzten zehn Jahren der Anteil der Löhne stark zurückgegangen. Vgl. Gilbert Cette, Jacques Delpla, Arnaud Sylvain, Le partage des fruits de la croissance en France, a. a. O. (Anm. 7).
- 19 Vgl. Rémi Lallement, Das deutsche exportorientierte Wachstumsregime: zwischen Erfolg und Zweifel, a. a. O. (Anm. 2).
- 20 Ebd.
- 21 Vgl. Stephan Sievert, Reiner Klingholz, Ungleiche Nachbarn, (Discussion Paper Nr. 2, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung), Berlin, September 2009.
- 22 Vgl. World Economic Forum, The Global Competitiveness Report 2010–2011, Genf 2010.
- 23 Vgl. Estelle Dhont-Peltrault, Sylvie Montout, France Attractiveness Scoreboard (Agence française pour les investissements internationaux – AFII – et Centre d'analyse stratégique – CAS), Paris 2010.
- 24 Vgl. UNCTAD, World Investment Report 2010 – Investing in a low-carbon economy, New-York/Genf 2010.
- 25 Vgl. International Monetary Fund, France: Article IV Consultation, a. a. O. (Anm. 1).
- 26 Vgl. Pierre-Yves Cabannes et al., Quelle croissance de moyen terme après la crise ?, a. a. O. (Anm. 14).
- 27 Vgl. Commission pour la libération de la croissance, Une ambition pour dix ans, rapport de la Commission présidée par Jacques Attali, Oktober 2010.
- 28 Vgl. den Artikel: La France doit faire un effort plus important pour redresser ses comptes, in: Les Echos, 21.7.2010.
- 29 Vgl. International Monetary Fund France: Article IV Consultation, a. a. O. (Anm. 1).
- 30 Zu diesem Thema vgl. Jean-Christophe Caffet, Adèle Renaux, France : le commerce extérieur peut-il être un moteur de croissance ?, a. a. O. (Anm. 7) sowie den Artikel: Le gouvernement présente un budget pour 2011 placé sous le signe de la réduction des déficits, in: Le Figaro, 29.09.2011.
- 31 Vgl. Mahdi Ben Jelloul, Thomas Brand, Coordination budgétaire européenne et règle d'équilibre interne (La Note d'analyse, Nr. 194, Centre d'analyse stratégique), September 2010; Commission Camdessus, Réaliser l'objectif constitutionnel d'équilibre des finances publiques, Bericht der Camdessus-Kommission, 21.6.2010.
- 32 Länder wie Spanien oder Irland, die gegenwärtig schwer an ihrer Schuldenlast tragen, wurden lange Zeit, zumindest aber bis 2007 als beispielgebend für die Einhaltung der Maastrichtkriterien hingestellt, bis zu dem Zeitpunkt, als – bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise – eine riesige Menge unwiederbringlich verlorener privater Schulden schonungslos zu Lasten des staatlichen Passivsaldo umgeschrieben wurden.

- 33 Vgl. Thomas Brand, Olivier Passet, *La soutenabilité des finances publiques dans la crise, une analyse internationale* (La Note d'analyse, Nr. 191, Centre d'analyse stratégique) Paris, September 2010.
- 34 Vgl. Senat, Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt für 2010, Bericht Nr. 278 (2009–2010) von Philippe Marini im Namen des Finanzausschusses, eingebracht am 9.2.2010; Frédéric Schaeffer, *Les mesures d'économies vont dans le bon sens, selon le FMI*, in: *Les Echos*, 18.6.2010.
- 35 Vgl. Paul Cahu, Lilas Demmou, Emmanuel Massé, *L'impact macroéconomique de la réforme 2008 du crédit d'impôt recherche*, in: *Revue économique*, Bd. 61, Nr. 2, März 2009, S. 313–339.
- 36 Offiziell wurde die Bezeichnung ETI (*entreprises de taille intermédiaire*) im Rahmen des Gesetzes zur Modernisierung der Wirtschaft (LME) vom 4. August 2008 eingeführt. Sie umfasst unabhängige Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl zwischen 250 und 5000 Personen, einem Umsatz von weniger als 1,5 Milliarden Euro und einer Bilanz, die nicht über die Summe von zwei Milliarden Euro hinausgeht.
- 37 Vgl. den Artikel: *Le retour du « made in France »*, in: *La Tribune*, 16.6.2010.
- 38 Vgl. den Beitrag von Augustin de Romanet, Franco Bassanini, Philippe Maystadt, Ulrich Schröder, *Weniger Staatsschulden und bessere Infrastruktur*, in: *Börsen-Zeitung*, 17.6.2010.
- 39 Hier belegte Frankreich bei dem vom Programm der Vereinten Nationen für Entwicklung (UNDP) im Jahr 1990 eingeführten Indikator für menschliche Entwicklung (Human Development Index – HDI) 1990 im internationalen Vergleich den 8. Platz vor Japan (10.), den Vereinigten Staaten (13.), Spanien (15.), Italien (18.), Großbritannien (21.) und Deutschland (22.) in einem Rating, in das 182 Länder einbezogen waren, <<http://hdr.undp.org/en/statistics/>>.
- 40 Joseph Stiglitz, Armatia Sen, Jean-Paul Fitoussi, *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*, Paris 2009.
- 41 Zu diesem Thema kooperieren gegenwärtig der Conseil d'analyse économique (Paris) und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Berlin) und werden Angela Merkel und Nicolas Sarkozy voraussichtlich im Dezember 2010 ihren Bericht und ihre Empfehlungen vorlegen.